



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Lachmayr

Telefon: (0221) 29661

Fax: (0221)

E-Mail: hanelore.lachmayr@stadt-koeln.de

Datum: 26.03.2012

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 06.03.2012, 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Stadthaus Deutz, Konferenzraum 16F43

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Marita Reinecke

Behindertenbeauftragte

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Edith Garcia

Deutsches Rotes Kreuz

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis

Frau Maria Hanisch

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Herr Norbert Herbig

Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.

Herr Horst Ladenberger

Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Herr Jürgen Rauh

Verband zur Förderung der Gehörlosen Kölns und Umgebung e.V.

Frau Barbara Röttger- Schulz

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Wolfgang Schmidt

Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH

Herr Axel Spengler

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Herr Thorsten Steinbach

IncluCity Cologne

Herr Andreas Thermann

Arbeiterwohlfahrt

Herr Rainer Zuch

Synagogengemeinde Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Annelie Appelmann

doMS e.V.

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Schultes

SPD

Frau Katja Hoyer

FDP

Herr Michael Kellner

Die Linke.Köln

Bonn und Region sowie Herrn Dr. Peter Weuthen, Prokurist von der Medfacilities GmbH, die zu TOP 2 zu einem Gespräch mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eingeladen wurden. Ferner begrüßt sie Herrn Dr. Ali Kemal Gün von der LVR Klinik Köln, psychiatrischer Therapeut und Integrationsbeauftragter sowie gleichzeitig Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Gesundheit und Migration. Ebenfalls begrüßt sie Herrn Wolfgang Klier als Vertreter des Gesundheitsamtes der Stadt Köln, der ebenfalls zu diesem Thema teilnimmt.

Sie entschuldigt die Beigeordnete, Frau Reker, die wegen eines anderen dringenden Termins die heutige Sitzung nicht leiten kann.

0. Beitrag von Herrn Steinbach zur Verwendung der Leichten Sprache in den Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet der Vertreter der Menschen mit Lernschwierigkeiten, Herr Steinbach, einen Vortrag und eine Bitte an die Mitglieder, Referentinnen und Referenten sowie Gäste zur Nutzung der leichten Sprache. Der Vortrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Zusätzlich liegen sogenannte „Rote Karten“ mit der Bitte um Verwendung der Leichten Sprache aus. Sie können auch beim Büro der Behindertenbeauftragten angefordert werden.

Frau Reinecke fasst die wichtigsten Merksätze noch einmal zusammen:

- mehr in kurzen Sätze sprechen
- keine Fremdwörter und Fachwörter benutzen oder diese erklären
- Kein schneller Übergang von einem Thema zum anderen
- Abstimmungen müssten langsamer durchgeführt werden

In diesem Zusammenhang stellt Frau Reinecke kurz drei Broschüren in leichter Sprache vor, die die Kölner Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) zusammen mit Menschen mit Lernschwierigkeiten erstellt haben. Im Rahmen des Projektes „Stadtentdecker“ wurden die Stadtteile Ehrenfeld, Kalk und Mülheim begangen. Dort haben sich Menschen mit Lernschwierigkeiten jeweils 10 Orte angeschaut und mit Bildern und Worten festgehalten, was man dort machen kann, wie man die Orte erreicht und ob diese barrierefrei sind. Frau Reinecke hofft, dass es noch weitere Broschüren geben wird. Die Broschüren werden während der Sitzung zur Ansicht herumgereicht.

Herr Jacobs informiert darüber, dass das Netzwerk Leichte Sprache in Kürze Regeln für Treffen und Tagungen veröffentlichen, die auch weiterhelfen können.

Danach weist Frau Reinecke darauf hin, dass nach Veröffentlichung der Einladung noch weitere Tagesordnungspunkte angemeldet wurden, die die Geschäftsführung eingefügt hat.

3.2 Bericht der Behindertenbeauftragten 03/2012 (Vorlage 0531/2012)

4.5 Toilettenkonzept, Zwischenbericht

hier: Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu "Toilettenkonzept" AN/2050/2011 aus der Sitzung am 06.12.2011 (Vorlage 0517/2012)

4.6 Homepage der Stadt Köln – Plattform „Menschen mit Behinderung“

5.2 Mitteilung über Änderung beim Blindenleitsystem - künftige Verwendung anderer Noppenplatten (Vorlage 0557/2012)

6.1.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeitsbericht 2011 (Vorlage 0170/2012)

Es gibt keine weiteren Ergänzungswünsche. Mit den genannten Ergänzungen wird die Tagesordnung wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung

2 Gespräch und Vorträge

2.1 Gesundheit - Menschen mit Behinderung im Krankenhaus
hier: Gespräch mit Vertreter/innen Kölner Krankenhäuser zu den Weiterentwicklungen seit der Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderung 2010, Situation von gehörlosen Menschen, Begleitung von Menschen mit Lernschwierigkeiten

3 Bericht der Behindertenbeauftragten

3.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 01/2012
0094/2012

3.2 Bericht der Behindertenbeauftragten 03/2012
0531/2012

4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

- 4.1 Eis- und Schwimmstadion Lentstr.
hier: Sachstandsbericht zur Beschlussempfehlung aus der Sitzung am 08.09.2011
- 4.2 Aufzug Rotes Haus
hier: Sachstand zur Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 06.12.2011
- 4.3 Girlsday 2012
- 4.4 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2012
- 4.5 Toilettenkonzept, Zwischenbericht
hier: Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu "Toilettenkonzept" AN/2050/2011 aus der Sitzung am 06.12.2011
0517/2012
- 4.6 Homepage der Stadt Köln - Plattform "Menschen mit Behinderung"

5 Mitteilungen

- 5.1 Videoguides für Gehörlose im Rautenstrauch-Joest-Museum
0310/2012
- 5.2 Mitteilung über Änderung beim Blindenleitsystem - künftige Verwendung anderer Noppenplatten
0557/2012

6 Anfragen und Beschlussempfehlungen

- 6.1 Arbeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 2011
- 6.1.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeitsbericht 2011
0170/2012
- 6.2 Themenplanung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für das 2. Sitzungshalbjahr 2012

7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

8 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung am 06.12.2011 wird einstimmig ohne Änderungen genehmigt.

2 Gespräch und Vorträge

2.1 **Gesundheit - Menschen mit Behinderung im Krankenhaus hier: Gespräch mit Vertreter/innen Kölner Krankenhäuser zu den Weiterentwicklungen seit der Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderung 2010, Situation von gehörlosen Menschen, Begleitung von Menschen mit Lernschwierigkeiten**

In der Veranstaltung zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung 2010 wurden folgende Themen behandelt:

- Zugänglichkeit und Orientierung / Barrierefreiheit des Gebäudes
- Aufnahmegespräch und Aufnahmesituation
- Pflegesituation auf der Station

Hier soll über den aktuellen Stand berichtet werden. Darüber hinaus gibt es seitens der Vertreter der Behindertenorganisationen den Wunsch, zusätzlich die Situation gehörloser Menschen sowie von Menschen mit Lernschwierigkeiten im Krankenhaus zu besprechen.

Thema Zugänglichkeit und Orientierung / Barrierefreiheit des Gebäudes

Herr Dr. Weuthen von Medfacilities GmbH, einer 100%igen Tochter der Uniklinik Köln, zeigt eine Präsentation zu baulichen Belangen sowie zu Raum- und Betriebskonzepten von Alt- und Neubauten. Die Medfacilities GmbH hat die Aufgabe, den Masterplan und die bauliche Entwicklung der Uniklinik bis zum Jahr 2020 vorzubereiten. Das Team setzt sich aus Experten unterschiedlicher Fachdisziplinen zusammen und wird abhängig vom jeweiligen Projekt durch externe Experten unterstützt. Insofern brachte die Veranstaltung 2010 viele wichtige Erkenntnisse und hat auf die Institution und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig gewirkt.

Als erstes wurden die Grundlagen und Inhalte für barrierefreies Bauen öffentlicher Gebäude analysiert. Das Ergebnis liegt als Anlage der Niederschrift bei. Gemeinsam mit der Öffentlichkeitsarbeit und der Presseabteilung wird an einem Leitfaden beziehungsweise Lageplan gearbeitet, der den verschiedenen Interessengruppen eine Orientierungshilfe geben soll. Der Leitfaden wird weiterentwickelt. Zur Umsetzung der Checkliste der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen wird zurzeit ein Werkzeugkasten erstellt, damit künftig erforderliche Maßnahmen zur Barrierefreiheit zielgerichtet umgesetzt werden können. Die größten Mängel bestehen bei der Aufnahmesituation. Die Theken entsprechen nicht den Anforderungen der Barrierefreiheit. Aber durch die große ebenerdige Aufnahmestation mit vielen Ansprechpartnern sei hier die Unterstützung zumindest in der Kernzeit von 7.30 bis 19.30 Uhr sichergestellt.

Herr Kesper ist Vorstandsvorsitzender des Krankenhauszweckverbandes Köln, Bonn und Region mit angebundener 25 Krankenhäusern. Der Verband hat unter anderem im Stadtgebiet die Aufgabe, die Krankenhäuser in der kommunalen Gesundheitskonferenz zu vertreten. Hauptberuflich ist Herr Kesper Vorsitzender der Stiftung der Cellitinnen, die als gemeinnütziger Verein und alleinige Gesellschafterin für die Krankenhäuser der Südstadt zuständig ist.

Er kann bestätigen, dass die Veranstaltung 2010 zum Thema Krankenhaus auch dort sehr viel bewirkt hat und dass bei den wenigen Baumaßnahmen die Kriterien der Barrierefreiheit mit umgesetzt werden.

Frau Müller-Kautz, Pflegedirektion LVR Klinik in Köln, betont, dass bei der LVR-Klinik viel gebaut werde. Die Veranstaltung 2010 wurde hier als Anlass gesehen, viele kleinere Dinge umzusetzen, die durch die Veranstalter mit auf den Weg gegeben wurden. Wichtig sei die Berücksichtigung verschiedener Behinderungsformen. Gerade bei der Behandlung von hörgeschädigten oder sehgeschädigten Patientinnen und Patienten müsse noch viel getan werden.

Alle erklärten, dass die Gespräche mit den Vertretern der Behindertenorganisationen bei geplanten Projekten auf jeden Fall als wichtig erachtet werden.

Bei der Optimierung der Barrierefreiheit bestehender Bauten gebe es aber verschiedene Probleme.

a) Finanzierungsstrukturen

Es gibt eine geringe Baupauschale für bauliche Umsetzungen in Krankenhäusern. Im Land stehen für ungefähr 400 Krankenhäuser für alle Baumaßnahmen nur 200 Mio. Euro zur Verfügung. Einem normalen Krankenhaus stehen damit nur 300.000 bis 600.000 Euro für Baumaßnahmen zur Verfügung.

Die Uniklinik Köln dagegen ist ein Maximalversorger. Deshalb gelten hier anderen Refinanzierungsvoraussetzungen. Zu den Hauptaufgaben laut Hochschulgesetz gehören Krankenversorgung, Forschung und Lehre. Damit verbunden ist, dass sich viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Interessen auf dem Campus befinden: Studierende, Forscherinnen und Forscher sowie Patientinnen und Patienten. Die Uniklinik behandelt wie gesetzlich gefordert viele schwer Erkrankte mit unterschiedlichen Indikationen nicht nur aus der Region. Dies hat Vorteile bei Investitionen.

b) Hygienevorschriften

Leider kollidieren einige bauliche Maßnahmen mit den Hygienevorschriften, so dass diese nicht umgesetzt werden dürfen. So gab es bei der Uniklinik Probleme bei der optischen Veränderung von Treppen, weil bestimmte Bänder aus hygienischen Gründen nicht verwendet werden durften. Ähnliche Probleme ergeben sich auch bei der Mitnahme von Führungshunden oder der Verwendung von Therapiehunden.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik formulieren folgende Empfehlungen:

- Das Gleichstellungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalens definiert, dass Gebäude und bauliche Anlagen ohne besondere Erschwernis und ohne besondere Hilfe genutzt werden müssen. Daher reicht es nicht, sich nur die Normen anzuschauen, weil diese statisch sind. Man müsse bei der Analyse eher betrachten, wie ein Gebäude funktioniert und welche Abläufe dort passieren.

- Der Arbeitskreis Barrierefreies Köln kann sich aus Kapazitätsgründen nicht jeder Bauanfrage annehmen. Daher wird dringend darum gebeten, dass sich Bauherren diese Beratung als professionelle Hilfe einkaufen. In Einzelfragen kann der Arbeitskreis gerne eine Einschätzung abgeben.
- Wenn ein Kontakt zwischen den Mitgliedern des Arbeitskreises und den Bauherren stattfindet oder stattgefunden hat, sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Arbeitskreises über den weiteren Verlauf der Maßnahmen-Umsetzung informiert werden. So kann verhindert werden, dass Vorschläge falsch umgesetzt oder vergessen werden.

Konsens besteht, dass die Beratung zur Barrierefreiheit bereits in der Planungsphase absolut notwendig ist, weil nachträgliche Verbesserungen teuer sind.

Thema Aufnahmegespräch und Aufnahmesituation einschließlich der Situation von gehörlosen Menschen und Menschen mit Lernschwierigkeiten

Die Verwendung von leichter Sprache in Krankenhäusern bzw. die Begleitung von Angehörigen mit Lernschwierigkeiten ist, mit Ausnahme der Psychiatrie, immer noch ein Problem. Generell machen Krankenhausbeschäftigte keine Unterschiede zwischen behinderten und nichtbehinderten Patientinnen und Patienten. Alle Beschäftigten sind angehalten, verständlich mit den Patientinnen und Patienten zu sprechen. Das kann für Menschen mit Behinderung gegebenenfalls nicht ausreichen. Wenn die bestehende Verständnisschwierigkeit nicht geäußert wird, kommt es zu Problemen. Hier muss die Sensibilisierung gestärkt werden.

Das gleiche gilt auch für die Formulare, die vielfach aus juristischen Gründen sehr umfangreich sind. Diese werden mit den Patientinnen und Patienten besprochen. Das Problem ist, nachzuvollziehen, ob das Gespräch richtig verstanden wurde. Gerade Menschen mit Lernschwierigkeiten oder herausforderndem Verhalten brauchen Ruhe, um Fragen stellen zu können. Die Zeitnot im Krankenhaus erzeugt hier nur mehr Unruhe. Auch hier muss weiter sensibilisiert werden. Die Beschäftigten werden nach und nach im Umgang mit den Ängsten und Probleme der Patientinnen und Patienten geschult.

Die LVR Klinik hat im letzten Jahr mit der Stiftung „Die Gute Hand“ eine Kooperationsvereinbarung für die Begleitung von Menschen mit autistischen Störungen geschlossen. Diese Leistung werde nicht finanziert. Aber es wurden Möglichkeiten geschaffen, dass die betreuenden Menschen auf der Station anwesend sind und als „Übersetzer“ helfen.

Es besteht Einigkeit, dass die Anforderungen für Menschen mit Hörproblemen sowie für Menschen mit Sehbehinderungen in den letzten Jahren sowohl in baulicher Hinsicht als auch in den Köpfen keine große Beachtung gefunden haben. Hier muss weiter sensibilisiert werden.

Bei blinden und stark sehbeeinträchtigten Patienten achten die Krankenhäuser inzwischen darauf, dass diese zur besseren Orientierung in Zimmer mit Nasszelle aufgenommen werden.

Frau Reinecke geht auf das Thema Assistenz im Krankenhaus ein. Ihr liegt ein Vertrag als Beispiel vor. Hier hat ein Krankenhausträger mit der Lebenshilfe eine Vereinbarung getroffen, dass die Lebenshilfe Patientinnen und Patienten ins Krankenhaus begleitet, die auf Begleitung angewiesen sind. Der Krankenhausträger

übernimmt die Kosten für die Assistenz. Sie fragt die Gäste, ob so ein Modell auch für die Kölner Krankenhäuser denkbar ist.

Auch hier sei die Finanzierung wieder das Problem.

Die Besonderheit für die Begleitung von behinderten Patientinnen und Patienten ist in der Finanzierung nicht vorgesehen ist. Die Finanzierung der somatischen Krankenhäuser erfolgt nach bestimmten Diagnosegruppen. Hierin seien gesonderte Leistungen für Menschen mit Behinderung nicht enthalten.

Leistungen über dieses Budget hinaus an Dritte seien nur möglich, wenn Überschüsse erwirtschaftet worden sind. Viele Krankenhäuser sind aber zurzeit in die roten Zahlen gerutscht, so dass keine Überschüsse zur Verfügung stehen.

Die Vertreter der Krankenhäuser regen an,

- das Thema „Assistenz“ dem InEK – Institut (Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus), das die Kalkulationen für die Diagnosegruppen vornimmt, vorzustellen. Hierzu stellt Frau Reinecke den Gästen den vorliegenden Vertrag zur Verfügung. Eventuell gibt es Abrechnungsmöglichkeiten, ohne dass weitere Verrechnungsschlüssel eingerichtet werden müssten.
- Ein solches Gespräch solle auch dazu dienen, Verständnis für die Problematik zu erzielen.
- Auch Einzelversicherte können mit dem Kostenträger über diese Problematik sprechen.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik erklären, dass die finanzielle Situation der Krankenhäuser nicht dazu führen dürfe, dass Menschen mit Behinderung nicht adäquat behandelt werden können oder nicht adäquat mit ihnen umgegangen wird. Behinderte Menschen seien sicherlich auch als Versicherte in der Pflicht, auf das Problem hinzuweisen. Der gleiche Anspruch bestehe aber auch an die Leistungserbringer. Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fordern die Anwesenden auf, auf diese Problematik aufmerksam zu machen.

Frau Reinecke erklärt, dass als Folge der Veranstaltung 2010 eine Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik jetzt in der kommunalen Gesundheitskonferenz teilnimmt. Auch das sei ein Gremium, wo Aspekte der Diskussion weiter hineingetragen werden müssen.

Herr Professor Dr. Dreher weist anschließend darauf hin, dass es über 900 Diagnosegruppen gibt und in diesem Kontext behinderte Menschen nicht vorkommen. Dies sei eine Form von mangelnder Aufmerksamkeit und damit konkreter gesellschaftlicher Gewalt. Es geht zwar nicht um körperliche Gewalt, aber um Gewalt durch bewusste Ausgliederung und Ausschließung. Er freue sich, dass die Kliniken nach anderen Wegen suchen, trotzdem die notwendige Hilfe zu leisten. Er appelliere aber an alle Beteiligten, sich mit dieser Gewalt nicht abzufinden. Er spüre, dass die Vertreter der Krankenhäuser und die Mitglieder der Behindertenorganisationen in der kommunalen, aber auch in Landes- und Bundespolitik starke Partner haben. Diese Form der Gewalt darf und muss nicht hingenommen werden.

Frau Reinecke dankt allen für die rege Diskussion und das Schlusswort von Herrn Professor Dr. Dreher. Sie dankt für die dargestellte Entwicklung, sieht aber auch

noch großen weiteren Handlungsbedarf, der gemeinsam bewältigt werden muss. Alle sollten im Gespräch bleiben, um weiter an der Problematik zu arbeiten, aber auch die Aussagen von Professor Dreher in die Gremien weiterzugeben. Die UN-Behindertenkonvention verpflichtet hierzu in besonderer Weise.

3 Bericht der Behindertenbeauftragten

Frau Reinecke verweist auf die vorliegenden Berichte und gibt im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaft noch ein Lob an die Intranet-Redaktion weiter, die für die barrierefreie Gestaltung des städtischen Intranets am 2. Februar in Hamburg als Leuchtturmprojekt für barrierefreie Informationstechnik ausgezeichnet wurde.

3.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 01/2012 0094/2012

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht der Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

3.2 Bericht der Behindertenbeauftragten 03/2012 0531/2012

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht der Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 Eis- und Schwimmstadion Lentstr. hier: Sachstandsbericht zur Beschlussempfehlung aus der Sitzung am 08.09.2011

Frau Röttger-Schulz berichtet, dass die Geschäftsführung des Lentparks sich nun mit dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln in einem Dialog befindet. Es werden Investitionen für nachträgliche Verbesserungen getätigt. Dies zeigt jedoch, dass nachträgliche Anpassungen immer teurer sind als die frühzeitige Berücksichtigung der Barrierefreiheit in der Planungsphase.

Herr Ladenberger benennt zwei weiterhin problematische Punkte:

- die zweite Behindertentoilette im Badbereich
- die Bedienbarkeit der Rauchschutztüren in den Treppenhäusern im Aufzugsbereich. Die Situation ist sehr problematisch.

Hier sollte es ein Gespräch in kleinerem Kreis geben.

Herr Zielinski hält ein solches Gespräch ebenfalls für notwendig.

4.2 Aufzug Rotes Haus hier: Sachstand zur Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 06.12.2011

Herr Matzel berichtet, dass der Rat in seiner Sitzung am 20.12.2011 den Beschluss zum Aufzug an der Haltestelle Rathaus in das neu zu bauende Rote Haus um folgenden Kernsatz ergänzt und beschlossen hat: „Mit dem Beschluss wird gleichzeitig die Forderung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik "Der barrierefreie Zugang

von der neu zu gestaltenden Haltestelle Altermarkt/Rathaus zum Rathausplatz ist durch einen Aufzug sicherzustellen". ...erfüllt.

Damit ist die Forderung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 06.12.2011 erfüllt.

4.3 Girlsday 2012

Frau Lachmayr berichtet über den aktuellen Planungsstand. Auch in 2012 soll der Girls Day wieder für Mädchen mit Behinderung geöffnet werden. Der Girls Day findet in 2012 am 26. April statt. Viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber beteiligen sich wieder. Bei der Stadt Köln werden in 2012 neben dem üblichen Programm die Besichtigung und Erprobung von acht Spezialarbeitsplätzen angeboten. Die Schulen werden regelmäßig über die barrierefreien Angebote informiert. Die Mädchen melden sich direkt über das Internetportal www.girls-day.de an. Zum Verhältnis Angebot und Nachfrage gibt es leider keine verlässlichen Zahlen, weil die Schulen nicht zurückmelden, in welchem Umfang die Mädchen mit Behinderung Angebote wahrgenommen haben.

Der einzige Wermutstropfen bleibt weiterhin die nicht gelungene Suchmöglichkeit von barrierefreien Angeboten für Mädchen mit Behinderung auf der Seite www.girls-day.de. Seit drei Jahren versucht der Kölner Arbeitskreis für den Girls' Day unter dem Vorsitz der Arbeitsagentur Köln für eine bessere Suchfunktion zu werben. Da dies bisher nicht gelungen ist, beabsichtigt die Verwaltung den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, anzuschreiben und um Unterstützung zu bitten. Ziel ist es, dass die Teilnahme von Mädchen mit Behinderung Normalität wird und diese daher auch in die Lage versetzt werden, wie alle anderen Mädchen über das Portal des Girls Days nach geeigneten Angeboten zu suchen.

Frau Reinecke appelliert an die Verbände und Institutionen, sich ebenfalls am Girls Day mit Angeboten zu beteiligen.

4.4 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2012

Frau Lachmayr berichtet über den aktuellen Planungsstand. In 2012 wird der Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik zum fünften Mal ausgeschrieben. Die Ausschreibung wird gerade vorbereitet. Ausschreibungsstart soll Anfang Mai sein.

Prominentes Mitglied der Jury ist in diesem Jahr Frau Dr. Britta Siegers, Paralympicsiegerin im Schwimmen und Rollstuhltennispielerin. Sie zählt zu den erfolgreichsten deutschen Paralympics-Sportlerinnen aller Zeiten. Zudem wurde sie 16fache Welt- und 13fache Europameisterin.

Die feierliche Preisverleihung findet am 20. November 2012, 17.30 Uhr im Rathaus statt.

Frau Lachmayr appelliert an alle, für den KIB auch in diesem Jahr Reklame zu machen. Wenn möglich, sollte die Ausschreibung auf die eigene Homepage verlinkt werden. Es können auch gerne Gruppen, die für eine Bewerbung in Frage kommen, angesprochen werden.

4.5 Toilettenkonzept, Zwischenbericht

hier: Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu "Toilettenkonzept" AN/2050/2011 aus der Sitzung am 06.12.2011 0517/2012

Herr Ladenberger stellt fest, dass die Art und Weise der geplanten Streckung des Maßnahmenplans nicht zufriedenstellend ist. Barrierefreie Toiletten fehlen an vielen Stellen. Die haushaltstechnischen Probleme sind bekannt. Diese erfordern aber trotzdem, dass geprüft wird, welche Standorte wirklich wichtig sind.

Zudem könne er der Mitteilung nicht entnehmen, ob es mit dem Werbeträger, der bisher öffentliche Toiletten in Köln aufgestellt hat, ab 2015 andere Lösungen geben soll. Die Mitteilung gebe auch nicht wieder, wie der Verhandlungsstandpunkt der Stadt ist und was man damit erreichen will.

Frau Hoyer erklärt, dass diese Problematik auf jeden Fall in der Sitzung am 08.03.2012 im Ausschuss für Soziales und Senioren diskutiert werden soll.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 Homepage der Stadt Köln - Plattform "Menschen mit Behinderung"

Frau Lachmayr und Herr Jacobs stellen die städtische Homepage für Menschen mit Behinderung vor. Bei der Beratungsarbeit wird immer wieder festgestellt, dass viele diese Seite nicht kennen oder nicht wissen, wie viele Informationen dort bereits abrufbar sind. Die Zusammenfassung ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Auf der Seite "Veranstaltungen für und mit Menschen mit Behinderung" sind Links zu verschiedenen externen Angeboten eingestellt. Hier können gerne weitere interessante Angebote und Veranstaltungen eingepflegt werden. Gleiches gilt auch für Informationen und Neuigkeiten. Die Veranstaltungshinweise, Informationen und Links sollten Herrn Jacobs rechtzeitig per E-Mail mitgeteilt werden. Sollten bei der Nutzung defekte Links oder veraltete Informationen gefunden werden, bittet Herr Jacobs ebenfalls um eine kurze Information unter Tel. 0221/221-33995 oder E-Mail: online-redaktion@stadt-koeln.de.

Um die große Plattform "Menschen mit Behinderung" aktuell zu halten, strebt das Fachamt die Zusammenarbeit mit einigen Freiwilligen an. Herr Jacobs bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik um Unterstützung bei der Suche nach Interessenten hierfür. Diese können sich direkt an Herrn Jacobs wenden.

Herr Jacobs verweist auf folgende Besonderheiten auf der Homepage hin:

- Bei externen Links wird in der Regel auf die Startseite des jeweiligen Anbieters verlinkt. Von dort aus muss man dann weitersuchen. Diese Seiten seien leider nicht immer ganz barrierefrei, aber dies liege in der Verantwortung des jeweiligen Anbieters.
- Im Jahreswechsel 2008/2009 wurde die Webseite der Stadt neu erstellt. Alle Dokumente, die danach eingestellt worden sind, sind auf jeden Fall barrierefrei. Alte Dokumente und Formulare werden weiter überarbeitet, dies ist aber noch nicht bei allen erfolgt. Priorität haben natürlich die Formulare, die besonders von Menschen mit Behinderung genutzt werden.

Herr Ladenberger bestätigt, dass er mit vielen Webseiten der Stadt arbeitet und aus vielen Rückmeldungen von anderen Menschen mit Behinderung die Barrierefreiheit bestätigen kann. Er spricht sein Lob hierfür aus.

Auch Herr Thermann schließt sich für die Verbände der freien Wohlfahrtspflege diesem Lob an.

Frau Reinecke dankt den Vortragenden.

Herr Herbig bittet um Auskunft, ob bei der Suche im Veranstaltungskalender auch nach barrierefreien Angeboten gesucht werden kann.

Herr Jacobs bejaht dies, allerdings werden nur stufenlos zugängliche Veranstaltungen angezeigt. Alle anderen barrierefreien Angebote für zum Beispiel gehörlose Menschen oder Menschen mit Lernschwierigkeiten können noch nicht herausgefiltert werden. In den einzelnen Veranstaltungen kann man jedoch über die Piktogramme erfahren, welche Hilfestellungen angeboten werden. Danach kann man allerdings noch nicht suchen.

Herr Herbig regt eine Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft an, die Suche bei Veranstaltungen im städtischen Veranstaltungskalender im Hinblick Barrierefreiheit zu verbessern.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt daraufhin folgende Empfehlung an die Fachverwaltung:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik regt an, dass die Darstellung und die Suche im Veranstaltungskalender in soweit verbessert werden soll, dass eine spezialisierte Suche nach verschiedenen Kriterien der Barrierefreiheit möglich ist. Hierunter fallen nicht nur Angebote mit stufenlosen Zugängen und Behindertentoiletten, sondern auch Angebote für schwerhörige Menschen (durch Induktionsschleife und Schriftdolmetscher), Gehörlose (durch Gebärdendolmetscher), Blinde (durch Tastmöglichkeiten und andere unterstützende Hilfen) sowie die Verwendung von leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5 Mitteilungen

5.1 Videoguides für Gehörlose im Rautenstrauch-Joest-Museum 0310/2012

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.2 Mitteilung über Änderung beim Blindenleitsystem - künftige Verwendung anderer Noppenplatten 0557/2012

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6 Anfragen und Beschlussempfehlungen

6.1 Arbeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 2011

6.1.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeitsbericht 2011 0170/2012

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik stellen fest, dass die Erstellung des Arbeitsberichtes durch das Büro der Behindertenbeauftragten eine enorme Arbeitserleichterung darstellt. Daher danken Herr Ladenberger im Namen der

Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und Herr Thermann im Namen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege dem Büro der Behindertenbeauftragten und speziell Frau Thiemann sehr herzlich für die geleistete Arbeit. Beide betonen, dass der Bericht zeige, wie wichtig die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft ist.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt den Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 2011 und bittet den Ausschuss Soziales und Senioren diesen zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.2 Themenplanung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für das 2. Sitzungshalbjahr 2012

Für die nächste Sitzung am 10.05.2012 ist als Schwerpunktthema vorgesehen:

„1. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik“

Hinweis der Schriftführerin:

Der Termin der 2. Sitzung musste verlegt werden. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik tagt jetzt am Freitag, 22.06.2012 in der Zeit von 10.00 - 12.30 Uhr.

Von den stimmberechtigten Mitgliedern werden folgende Themen vorgeschlagen:

3. Sitzung am 03.09.2012: „Eingliederungshilfe und Hochzoning“

4. Sitzung am 14.12.2012: „Bauen, Mobilität und Wohnen“

„Eingliederungshilfe und Hochzoning“ nimmt Herr Ladatsch gerne als Thema mit. Herr Schmidt schlägt vor, dass der Landschaftsverband gemeinsam mit der Stadt Köln das Thema vorbereiten sollte, da beide Partner davon betroffen sind.

„Bauen, Mobilität und Wohnen“ ist für die vierte Sitzung vorgesehen. Vor dem Hintergrund, dass es ab Sommer 2012 bei der Stadt Köln einen neuen Dezernenten oder eine neue Dezernentin für Planen und Bauen bei der Stadt gibt, wäre dieses Thema ein guter Einstieg für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgende Schwerpunktthemen für 2012:

3. Sitzung am 03.09.2012: „Eingliederungshilfe und Hochzoning“

4. Sitzung am 14.12.2012: „Bauen, Mobilität und Wohnen“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

Herr Schmidt macht darauf aufmerksam, dass in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Weiterbewilligung und Fortsetzung des Projektes Sozialraumkoordinatoren Thema war. Jeder Koordinator erstellt für seinen Bereich einen Bericht. Beim Querlesen der Berichte ist Herrn Schmidt aufgefallen, dass dort das Thema Menschen

mit Behinderung nicht vorkommt. Auch die Tätigkeit der KoKoBe, die in den Sozialräumen eine entsprechende Rolle spielen, finde keine Erwähnung. Er regt an, darauf hinzuwirken, dass die Sensibilität für Menschen mit Behinderung im Kontext mit der Arbeit der Sozialraumkoordinatoren mehr gefördert wird.

Frau Reinecke erläutert, dass es bereits an verschiedenen Stellen eine Kooperation mit den Sozialkoordinatoren gibt, die aber sicher noch ausbaufähig ist. So hatten sich die Sozialkoordinatoren bei der letztjährigen Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderung eingebracht, als es um das Thema Veedel, Sozialraum und Inklusion ging. Die Koordinatoren hatten sich mit einem Stand beteiligt. Vorab gab es eine gemeinsame Diskussion zum Thema „UN-Konvention und was folgt daraus“.

8 Verschiedenes

Herr Professor Dreher weist auf ein Benefizkonzert am 11.03.2012 in der Lindenthaler Dietrich Bonhoeffer Kirche zugunsten eines Heims für Kinder mit geistiger Behinderung in Fukushima hin.

Herr Ladenberger macht eine Mitteilung zum Thema sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch gegen Menschen mit Lernschwierigkeiten oder psychischen Behinderungen. Es existiert eine Studie aus Bielefeld zu dem Thema, die deutlich macht, dass Handlungsbedarf gegeben ist. Inzwischen gibt es eine Absprache mit den Wohlfahrtsverbänden. Um das Thema angemessen behandeln zu können, soll eine Fachtagung in Köln stattfinden. Die Wohlfahrtsverbände werden die Organisation übernehmen. Die Rolle der Stadt Köln wird noch im Einzelnen besprochen.

Gez. Marita Reinecke
(Vorsitzende/Behindertenbeauftragte)

gez. Hannelore Lachmayr
(Schriftführerin)

Anlagen